

## **Märzresolution**

---

Zitat Grundgesetz

### **Artikel 5**

*(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*

*(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.*

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Frau Bundeskanzlerin Merkel hat durch ihre Politik die Bevölkerung gespalten und Vertrauen verloren.

Viele Bürger sagen ihre eigene Meinung nicht mehr offen, da sie dadurch Nachteile befürchten. Unklare Begriffe wie "Fake News" und "Hate speech" prägen die öffentliche Diskussion in den Medien, im Fernsehen und zunehmend auch im privaten Bereich. Die Einrichtung von Institutionen die die Wahrheit von Nachrichten prüfen sollen, macht den Bürgern Angst.

Mit viel Mut zur Wahrheit muss die Alternative für Deutschland dieser Entwicklung entgegentreten. Die Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbares Gut unserer Demokratie. Dies gilt auch für Diskussionen in Parteien.

---

- Unterschiedliche Auffassungen im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des Parteiprogramms sollten keine Grundlage für Parteiausschlüsse sein.
- Das Zitieren von bisher unbeschadet geäußelter Positionen Dritter ist zulässig.
- Stil und Form von Reden und Ausdrucksweisen können immer diskutiert und verbessert werden.
- Die Aufgabe von Vorstandsgremien ist die Herstellung eines zielerfüllenden Konsenses, daran muss sich jedes Vorstandsmitglied messen lassen! Dies betrifft im Besonderen alle Entscheidungen von großer Tragweite.

Wir fordern den Bundesvorstand auf, seine Entscheidungen anhand dieser Kriterien zu überprüfen! Anträge auf Parteiausschlüsse von Vorstandsmitgliedern müssen durch entsprechende Parteitage beschlossen werden.

Beschlossen durch den Kreisverband Karlsruhe Land am 08. März 2017

---